

Stromverbrauch: Informationen für die Öffentlichkeit

Sparen Für Informationszwecke über den Stromverbrauch stehen der öffentlichen Hand nur begrenzt Daten zum Energieverbrauch von Dienstleistungen und Unternehmen zur Verfügung. Hingegen bestehen für Bürgerinnen und Bürger verschiedene Möglichkeiten, sich verlässlich über den Energieverbrauch von Apparaten oder über Energiesparmassnahmen zu informieren. Das hält die St. Galler Kantonsregierung in ihrer Antwort auf eine Interpellation mit dem Titel «Transparenz und Informiertheit über Stromverbrauch» fest, welche von den SP-Kantonsrätinnen Katrin Schulthess (Grabs) und Karin Hasler (Balgach) letzten September eingereicht wurde.

Sich auf verschiedenen Seiten informieren

Die beiden Politikerinnen hatten in ihrem Vorstoss angeregt, dass es angesichts des Appells zum Energiesparen nur logisch wäre, «dass man Verbrauchstransparenz schafft und damit den eigenen Verbrauch einordnen kann». Im Sinne einer Aufklärungskampagne könne das viel zum individuellen Verhalten beitragen: «Bürgerinnen und Bürger wollen glaubwürdige Informationen, wenn es um den Stromverbrauch geht.»

Die Kantonsregierung zeigt in der Antwort Angebote im Internet: <https://private.ecospeed.ch>, www.topten.ch, www.energy-box.ch, www.energie2030.ch und www.bafu.admin.ch (ab)



Karin Hasler will auch beim Stromverbrauch von Unternehmen Transparenz. Bild: bm

Ombudsstelle zugänglich machen

Barrierefreiheit Seit zehn Jahren gibt es in St. Gallen eine Ombudsstelle Alter und Behinderte, an die sich Betroffene wenden können, wenn sie in einem Alters- oder Behindertenheim Probleme haben. Nur: Die Ombudsstelle ist laut der Balgacher SP-Kantonsrätin Karin Hasler nicht barrierefrei – und somit für Gehbehinderte nur erschwert oder gar nicht erreichbar. Selbst wenn Ombudsfrau Susanne Vincenz-Stauffacher auch in die Institution komme: Solche Gespräche sollten an einem neutralen Ort geführt werden, findet Hasler. In einem Vorstoss, den sie gemeinsam mit einem Parteikollegen eingereicht hat, ermahnt sie deswegen die Regierung, dafür zu schauen, dass die Ombudsstelle barrierefrei wird. (mt)

Steuererhöhungen sollen vor die Bürgerschaft

Bislang beschliesst der Kantonsrat abschliessend über den Kantonssteuerfuss. Künftig soll das Volk über Steuererhöhungen abstimmen können, fordert Patrick Dürr.

Max Tinner

Volksrechte In Gemeinden, jedenfalls in solchen mit Bürgerversammlung, können die Bürgerinnen und Bürger über den Gemeindesteuerfuss abstimmen. Geht es nach dem Widnauer Mitte-Kantonsrat Patrick Dürr, soll die Bürgerschaft künftig auch abstimmen können, wenn Regierung und Kantonsrat den kantonalen Steuerfuss erhöhen möchten. Gestern reichte er zusammen mit Daniel Grünenfelder (Mitte, Bad Ragaz) und Yvonne Suter (Mitte, Rapperswil-Jona) eine Motion für eine entsprechende Gesetzesänderung ein. 45 weitere Kantonsrätinnen und Kantonsräte haben sie mitunterzeichnet.

In anderen Kantonen ist die Abstimmung Pflicht

Hinsichtlich der Steuerbelastung hinkt St. Gallen den Nachbarkantonen seit Jahren hinterher, schreiben die Motionäre. Einzelne Steuererleichterungen der letzten Jahre seien vom Kantonsrat oft gegen den Widerstand der Regierung beschlossen worden. Auffallend sei, dass die Volksrechte «zum Schutz vor höheren Steuern» weniger gut ausgebaut seien als in anderen Kantonen. Dürr und seine Mitmotionäre sehen einen Zusammenhang mit der «insgesamt unbefriedigenden steuerlichen Positionierung» des Kantons St. Gallen.



Patrick Dürr (hier im Gespräch mit der Gossauer Mitte-Kantonsrätin Helen Alder Frey) möchte, dass die Bürgerinnen und Bürger über Steuererhöhungen des Kantons abstimmen können. Bild: Benjamin Manser

Als Beispiel ziehen sie Zürich heran: Dort schreibe die Kantonsverfassung für die Einführung neuer Steuern oder eine Erhöhung der Steuerbelastung zwingend eine Abstimmung vor.

Eine solche Stärkung der Volksrechte wäre auch im Kan-

ton St. Gallen sinnvoll, meinen Dürr, Grünenfelder und Suter: Für neue Ausgaben, die einen bestimmten Betrag überschreiten, müsse ja schon heute an der Urne abgestimmt werden, argumentieren sie. «Weshalb dies nicht auch für höhere Steuerbe-

lastungen gilt, etwa für die Erhöhung des kantonalen Steuerfusses, leuchtet nicht ein.»

Als nächstes wird die Regierung mit dem Vorstoss Stellung nehmen. Dann, in einer nächsten Session, wird der Kantonsrat über die Motion befinden.

Grüngutkosten ausgleichen

Die Regierung will an der verursachergerechten Entsorgungsgebühr nicht rütteln. Carmen Bruss denkt nun an eine Kompensation.

Max Tinner

Grünabfuhr Carmen Bruss findet die Finanzierung der Grüntour mit Gebühren einen Blödsinn: Das führe nur dazu, dass die Leute ihre artenreichen Gärten durch Steingärten ersetzen – was auch den Biogasanlagen die Grundlage entziehe, schrieb die Diepoldsauer SVP-Kantonsrätin im Herbst in einem Vorstoss. Ihrer Ansicht nach sollten die Gemeinden die Grünabfuhr über den allgemeinen Haushalt, also über Steuern finanzieren. Weil dies dem Grundsatz der im Bundesrecht geforderten verursachergerechten Finanzierung widerspricht, regte Bruss der Regierung an, sich in Bern für eine Änderung der gesetzlichen Regeln starkzumachen.

Das will die Regierung nicht: Sie sehe keinen Anlass dazu, schreibt die Regierung in ihrer Antwort auf die einfache Anfrage. Die massgebenden Bestimmungen hätten sich bewährt. Die Regierung hält aber fest, dass die Gemeinden bei der Ausgestaltung der Gebühren-

regelung einen gewissen Spielraum haben, ihr Gebührenmodell lokalen Besonderheiten anzupassen. Jedenfalls sollten die Gebühren für die Grüngutentsorgung aber niedriger angesetzt werden als jene für die Kehrtrabfuhr, damit die Lenkungswirkung nicht verloren geht und die wiederverwertba-

ren Grünabfälle weiterhin separat gesammelt werden.

Carmen Bruss ist enttäuscht von der Antwort der Regierung. Damit liege es nun an der Bürgerschaft, allenfalls eine Änderung anzustreben – oder eine Kompensation, etwa durch eine Reduktion der Liegenschaftsabgaben.



Carmen Bruss im Gespräch mit Kantonsratspräsident Jens Jäger. Rechts im Hintergrund Peter Kuster. Bild: Benjamin Manser

Eine Spitalregion nur aus Werdenberg und Rheintal?

Umfirmierung Die Spitalregion Rheintal Werdenberg Sarganserland existiert nicht mehr: Diese Ansicht vertritt der Melsener Mitte-Kantonsrat Thomas Warzinek in einer einfachen Anfrage, die er der Kantonsregierung eingereicht hat. Der Vorstoss trägt denn auch den Titel «Die Spitalregion Rheintal Werdenberg, nachdem das Sarganserland spitalmedizinisch durch das Kantonsspital Graubünden versorgt wird».

Der Politiker verweist auf den Umstand, dass der Spitalstandort Walenstadt seit Jahresbeginn durch das Kantonsspital Graubünden betrieben wird. Dafür sei die Sarganserländer Bevölkerung und die Ärzteschaft dankbar, nachdem die Schliessung des Betriebs schon beschlossene Sache war.

Konkurrenzgebaren vorbeugen

Durch das Beibehalten des Namens werde allerdings suggeriert, dass sich die Spitalregion weiterhin für das Sarganserland in der Verantwortung sieht. Es sei wichtig, dass die Spitalregion «in dem Masse schrumpft, das durch den Wegfall des Sargan-

Skepsis gegenüber Spitalausbau in Grabs

Abstimmung Am Ende der Frühjahrssession standen gestern die Schlussabstimmungen zu den Spitalvorlagen an. Während jene zur Entschuldung der Spitäler (mittels Umwandlung von Darlehen in Eigenkapital) fast einstimmig durchgingen, wurde zum neuen Darlehen von 100 Millionen Franken für weitere Ausbauten am Spital Grabs erneut Kritik laut.

Die neuen Investitionen haben mit der vorgesehenen Schliessung des Spitals Altstätten im Jahr 2027 zu tun – für die sich insbesondere die SP nach wie vor nicht erwärmen kann, wie betont wurde.

Die SVP wiederum fürchtet, dass Grabs zu einem kleinen Zentrumsspital ausgebaut wird – regionale Zentrumsspitaler zusätzlich zum Kantonsspital in St. Gallen liegen nach Meinung der Partei aber finanziell nicht drin. Eine Mehrheit der SVP-Fraktion ist der Meinung, dass es besser wäre, die Spitäler zunächst in die Unabhängigkeit zu entlassen und es dann in ihrer Verantwortung liegen sollte, welche Ausbauten sinnvoll und finanzierbar sind.

Mit dem Melsener Mitte-Kantonsrat Thomas Warzinek zeigte sich sogar ein Arzt skeptisch. Er argumentierte ähnlich wie die SVP und fürchtet, dass die Investitionen zu langfristig hohen Infrastrukturkosten führen werden.

Letztlich stimmte der Rat dem Darlehen mit 77 Ja zu 26 Nein bei 10 Enthaltungen doch deutlich zu. Abschliessend entscheiden wird das Volk: Es werde damit erstmals zur neuen Spitalstrategie Stellung nehmen können, hielt Warzinek fest. (mt)

serlands gegeben ist», so Thomas Warzinek.

Von der St. Galler Regierung will er wissen, ob sie den Namen Spitalregion Rheintal Werdenberg Sarganserland noch für zutreffend hält und ob ein Namenswechsel vorgesehen ist. Eine weitere Frage seinerseits lautet: «Was unternimmt die Regierung, um ein unsinniges und schlicht nicht mehr finanzierbares Konkurrenzgebaren zu unterbinden?» (ab)

Ein klassisches Regionalspital

Walenstadt Das Kantonsspital Graubünden betreibt seit dem 1. Januar dieses Jahres am Walensee ein «familiäres Regionalspital-Setting», wie es in der Beschreibung des Standorts heisst. Dazu gehören eine Notfallstation, Intermediate Care (IMC), allgemeine Chirurgie und Orthopädie, allgemeine Medizin, Geriatrie, Palliative Care, Onkologie, Frauenklinik, Dialyse und Radiologie. (ab)